Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Handelsteil.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.00, durch die Post M. 2.19. — Kontor: Kl. Kirchgasse 5, Inseratenannahme Marienstr. 20, 3–5, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Kl. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine und nach Feierabend 20 Pfg. Unter Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Verpflichtung für die rechtzeitige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Ausführliche Ankündigungsanfrage gegen Vorbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen Annoncen-Bureaus entgegen.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

G. H. Rehfeld & Sohn
Neust. Hauptstr. 24/26 Alst. König Johannstr 15.
Fabrik v. Contobüchern
Schutz-Marke

Photographische Apparate für Amateure.
Preislisten gratis und franco.
Carl Plaul,
Dresden, Wallstrasse 25.

Königl. Sehr. Carl Tiedemann, Hoflief. Etablirt 1833.
Bester Fussbodenanstrich ist Tiedemann's Bernsteinöllack mit Farbe, über Nacht trocknend, nicht klebend.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19, Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

Salomonis-Essig-Fabrik H. Roesner
(gegründet 1825 von Dr. Struve), empfiehlt
Salomonis-Essig
(früher genannt Struve-Essig)
anerkannt feinster Tafel- und Kindergenuss-Essig (Grand Prix Görlitz 1885, goldene Medaille Leipzig 1887). Zu haben in der Salomonis-Apotheke und den meisten Geschäften.
Dresden, Rosenstrasse 96. Telephon 222.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 6, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Centrale unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1–3.
Fernsprechstelle 1606.

Nr. 95. Spiegel: Vorbereitungen zu den sächsischen Landtagswahlen. Hofnachrichten. Zur Synode. Politische Lage. Organistenversammlung. Geflügelausstellung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Die letzten Menschen“. Tonkünstlerverein. | **Sonntag, 5. April.**

Politisches.

Sachsens Staatsbürgerschaft hat im kommenden Herbste, ehe der Landtag von Neuem zusammentritt, eine Reihe von Mandaten zu vergeben, um welche zum Theil ein lebhafter Kampf entbrennen dürfte. Der Umstand, daß für diesen Kampf schon jetzt die Eröffnungskanonaden laut werden, erheischt es dringend, mit der Wahl einer möglichst günstigen Stellung nicht lange zu zögern, zumal die Position, welche der Feind einnimmt, genügend bekannt ist. Dieser Umstand gebietet es auch, daß heute bereits wenigstens die allgemeinen Grundsätze festgestellt werden, nach denen die staatstreue Bevölkerung Sachsens sich zu richten haben wird, wenn anders sie nicht von vornherein ohne Schuß vor einem schwächeren Gegner zu kapituliren gedenkt.

Die Mandate, welche in Frage kommen, sind zum größeren Theile infolge der Bestimmung unserer Verfassung erledigt, daß alle zwei Jahre vor Beginn des ordentlichen Landtages der dritte Theil der Abgeordneten aus der zweiten Kammer auszutreten habe. Eine kleinere Anzahl derselben ist durch Todesfall oder durch anderweite, persönliche Gründe von Neuem zu vergeben. In eine zielbewußte Organisation ist in der Bemühung, sich eine möglichst große Anzahl derselben zu sichern, bisher nur eine einzige Partei eingetreten, die Sozialdemokratie, welche vor wenigen Tagen eine Landesversammlung nach Altendorf b. Chemnitz berufen hat, um sich brüderlich in das Fell des Löwen zu theilen. Die Sozialdemokratie geht von der ganz richtigen Erwägung aus, daß jede Wahl ihr Gelegenheit bieten müsse zur lebhaftesten Propaganda, daß nur auf dem Wege fortwährender Agitation es möglich sei, nicht nur den Besitzstand zu erhalten, sondern ihren Lehren neue Anhänger zuzuführen. Selbst in aussichtslose Kreise sendet sie deshalb ihre Boten, um den Boden für ihre Saat aufzuwühlen, und je länger der Zeitraum ist, welcher ihr für ihre demagogische Wirksamkeit zur Verfügung steht, um so größer wird die Aussicht auf einen Erfolg sein, sei es selbst auf dem Wege der Ueberrumpelung. Der früher von einzelnen „Genossen“ empfohlene Grundsatz, infolge des der Sozialdemokratie unsympathischen Wahlsystems sich der Betheiligung zu enthalten, ist längst durchbrochen worden, und in der That kann man von sozialdemokratischen Gesichtspunkten aus die Theilnahme nur als taktisch richtig anerkennen. Denn es ist klar, daß die Vorgänge in den Einzellandtagen nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die Zustände im Reich bleiben können, es ist weiter klar, daß die Maßnahmen jeder Landesregierung selbst auf die Gestaltung und Anwendung der Reichsgesetze häufig einen bestimmenden Einfluß haben, und es ist vor Allem nicht zu übersehen, daß die Aufgaben, welche dem kommenden Landtage gestellt werden dürften, von ganz wesentlicher Bedeutung für unsere Zustände sein könnten. Gleichgiltigkeit seitens der antisozialistischen Parteien wäre also eine Thorheit, die sich ganz gehörig bestrafen kann.

Ein Schlagwort ganz bestimmter Art, wie es beispielsweise bei den vorletzten Reichstagswahlen maßgebend gewesen ist, kann für die kommenden Landtagswahlen nicht ausgegeben werden. Denn die Frage, welche heutigen Tages für Sachsen eine Lebensfrage ist, der deutsch-österreichische Handelsvertrag, wird vor einem anderen Forum entschieden und es ist anzunehmen, daß unsere Reichsboten die Stimmung unseres Landes genügend kennen, daß sie namentlich auch durch ihre Zustimmung zu einer Heraufsetzung unserer landwirthschaftlichen Zölle nicht eigenhändig der Sozialdemokratie den Weg auf das platte Land ebnen werden. Und doch giebt es ein Feldgeschrei, mit welchem der Kampf aufzunehmen ist; dasselbe heißt: „Abwehr der Umsturzpartei!“ Wir dürfen es uns hierbei keineswegs verhehlen, daß eine starke Abwehr nur dann errichtet werden kann, wenn die Parteien, welche einen friedlichen Ausbau unseres Staatswesens erzielen, fest geschlossen gegen jene vorrücken. Mögen die Versicherungen der Gegner noch so zahm klingen, mag auch Herr Stolle auf dem Altenburger Kongreß noch so inständig versichern, daß seine Partei nicht „durch einen plötzlichen Umsturz der heutigen Zustände ihre Ziele erreichen wolle, sondern durch eine allmähliche Entwickelung“, so trauen sich die Führer doch immer selbst wieder Lügen, so bald sie es nicht mehr für nothwendig halten, zu heucheln, sondern die Maske abwerfen. Dann verstummen die Sirenenklänge und die Greuelthaten der Pariser Commune werden als förderlichstes Mittel zur Herbeiführung des sozialistischen Zukunftsstaates proklamirt. Darum mögen unsere Bürger und Bauern, unsere Arbeiter und Handwerker die Augen offen halten, damit sie sich von dem Schafspelz nicht täuschen lassen, welcher den Wolf versteckt. Die Sozialdemokraten wollen nichts anderes und können nichts anderes wollen, als den gewaltthätigen Umsturz, das allgemeine Drunter und Drüber, und sie wissen ebenso gut, wie jeder Andere, daß der Weg zu ihrem Ziel nur durch Blutlachen führen kann.

Für die staatserhaltenden Parteien thut nur Eins noth: Einigkeit! Ist es denn so schwer, der patriotischen Erwägung Sinn und Herz zu eröffnen? Ist es so schwer, über kleine Mißverständnisse hinweg dem Einen Ziel zu folgen? Bei den letzten Wahlen hat der Streit, der innerhalb der Ordnungsparteien entbrannt war, eine immerhin beträchtliche Erhöhung der sozialistischen Mandate herbeigeführt. Soll das gleiche Schauspiel sich wiederholen und Sachsens Landtag abermals neue Vertreter einer Richtung erhalten, die den Umsturz predigt? Es kommen vier, ja vielleicht sechs Wahlkreise in Frage, die vielleicht nur dann zu halten sind, wenn die Ordnungsparteien zu der Einsicht kommen, daß Alles, was sie trennt, bedeutungslos ist gegenüber dem, was sie eint, — der Liebe zu König und Vaterland, zu Ordnung, Sitte und Gesetz. Hohe politische Fragen kommen im Landtage nur in seltensten Fällen zum Austrag, es handelt sich zumeist um Fragen praktischer Art. Diese zu lösen, dazu bedarf es tüchtiger Kenntniß, ehrlichen Wollens und lauteren Charakters. Welche spezielle, politische Stellung der Einzelne einnimmt, das ist hiergegen wirklich eine Frage untergeordneter Bedeutung. In den Landtag gehören die Männer der bürgerlichen Parteien, welche vor Allem redlich bemüht sind, durch wirksame Mittel die Lebenslage der kleinen Leute zu erleichtern, nicht aber solche, welche ihnen die Fata Morgana des Sozialismus zeigen, die sich verflüchtigt zu wesenlosem Schein, sobald man darnach greift und sie festhalten will.

An den Vorgängen auf dem Altenburger Kongreß kann man nicht vorübergehen, ohne einige interessante Umstände zu erwähnen. Daß der Abg. Bebel die sozialdemokratische Presse Sachsens einer vernichtenden Kritik unterzog, daß er darüber klagte, daß von allen möglichen Genossen Anforderungen an die Parteikasse gestellt würden, das mag als Internum der Partei gelten. Daß aber die „Dummheit“ des Landes, der Bauernschaft, als ein Axiom aufgestellt wurde, diese Schmeichelei mögen sich unsere Landwirthe hinter die Ohren schreiben. Als dumm gilt den Herren Sozialdemokraten eben Jeder, der nicht auf die schwadronirenden Abgesandten derselben hört, als dumm gilt wahrscheinlich auch Jeder, der sich darüber wundert, daß die Führer und Delegirten der deutschen Arbeiter z. B. in Dresden weder Arbeiter sind, noch Germanen, als dumm gilt wahrscheinlich auch Jeder, der, wie der „Genosse“ Riemann, irgend wie eine abweichende Meinung hat, als dumm gilt schließlich Jeder, der irgend wie gescheit ist. Wir würden dagegen viel eher Die für dumm halten, die sich beschwatzen lassen, die internationale Verbrüderung auf ihre Fahne zu schreiben, für dumm halten wir unter Anderem auch die deutschen Bergarbeiter, die in Paris sich wegen ihrer Nationalität beschimpfen lassen und für sehr dumm halten wir sie, wenn ihnen jetzt, nach der schmählichen Behandlung in Paris, nicht die Augen darüber aufgehen, was es mit den geschwollenen Redensarten der Führer über die internationale Verbrüderung für eine Bewandtniß hat. Allerdings haben die Herren in Paris getanzt und beim Gemeinderath geschäftelt — hoffentlich sind sie aber doch nicht dumm genug, für ein Glas Champagner oder für ein Tänzlein mit Mademoiselle Bibi oder Coco zu vergessen, daß sie die Ehre der deutschen Arbeiter durch ihr Benehmen prostituiren.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. April.

Berlin. Der Kaiser hat bestimmt, daß die Kanoniere der fahrenden Batterien mit dem Repolver 83 bewaffnet werden. — Von zuständiger Seite wird der Nationalzeitung mitgetheilt, daß die Einfuhr lebenden Rindviehs aus Amerika nach Hamburg in starker Zunahme begriffen ist. — Die „Kreuz.“ ergänzt die Zurückweisung der Ansprüche des Engländers Lewy in Deutsch-Südwestafrika durch den „Reichsanz.“ dahin, daß die Konzessionen des Lewy in der bekannt gewordenen Form Fälschungen seien. — Eine Anzahl ehemaliger Abonnenten des „Deutschen Tageblatt“ will die seitherige Verlagsbuchdruckereigesellschaft, der das Blatt bis zum 14. März gehörte, auf Nachlieferung von Nummern seit dem 16. März, die unter der alten Redaktion dieses Blattes oder mindestens in gleichwerthiger Gütte herzustellen wäre, verklagen. Die Kläger behaupten, sie hätten statt Originalleitartikel Abonnementseinladungen der Kreuzzeitung und Nachdrucke derselben erhalten.

Berlin. Der „Reichsanz.“ spricht die Hoffnung aus, daß die Berathungen des Arbeiterschutzgesetzes im Reichstage nach dessen Wiederzusammentritt einen etwas rascheren Fortgang als bisher nehmen werden, sonst würde auch der 1. Januar 1892 als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes nicht festgehalten werden können, da vor dem Inkrafttreten desselben noch eine Reihe wichtiger Bestimmungen vom Bundesrath erlassen werden müssen, zu denen die Vorarbeiten erst erledigt werden können, wenn das Gesetz verabschiedet sein wird, und da verschiedene Bestimmungen des Gesetzes erst durch kaiserliche Verordnung in Kraft gesetzt werden sollen, nachdem die zu ihrer Ausführung erforderlichen Bestimmungen des Bundesrathes erlassen sein werden. — Die so plötzlich aus Petersburg abgereiste Großfürstin Elisabeth, Prinzessin von Altenburg, wird zunächst in der französischen Schweiz Aufenthalt nehmen. — Aus dem 19. hannöverschen Wahlkreis wird der „Kreuz.“ geschrieben, daß der Sieg des Fürsten Bismarck sicher sei, aber erst in der Stichwahl mit dem Sozialdemokraten. Für den letzteren würden in der Stichwahl nur wenig Freisinnige, aber keine Welfen eintreten. — Heute Mittag fand die feierliche Grundsteinlegung zum Langenbeckhaus in Gegenwart der Minister Grafen Zedlitz, Dr. Miquel und v. Wedell, sowie der Mitglieder der deutschen Gesellschaft für Chirurgie statt. Die Ansprache bei Niederlegung der Grundstein-Urkunde hielt Prof. Dr. Thiersch-Leipzig. — An dem Hause, welches Dr. Windthorst während der Parlamentssessionen in Berlin bewohnte und in dem er gestorben ist, wird eine Gedenktafel angebracht. — Offiziös wird versichert, daß die deutsche Regierung durch den Abschluß eines Vertrages mit Oesterreich-Ungarn nur sich dem Lande gegenüber zu binden beabsichtigt, gegenüber anderen Ländern jedoch, soweit nicht Verträge bestehen, vollständig freie Hand behalten will.

Berlin. Zum Erzbischof von Posen ist der Weihbischof Likowski in Posen ernannt. — Vergangene Nacht ist in Rostock während einer Hochzeitsfeier in einer Feuersbrunst ein Kind umgekommen, eine Frau und ein Knabe wurden schwer verletzt. Fünf durch Rauch besinnungslos gewordene Personen wurden gerettet.

Kiel. Der Kaiser besichtigte hier am Montag unter Führung des Ministers v. Bötticher den Nordostseekanal.

Hamburg. Hier wurde eine große Diebesbande entdeckt, die seit zwei Jahren Tabakdiebstähle ausführte und im Freihafen einen eigenen Speicher hatte. Zahlreiche Commis, Markthelfer und Emporführer wurden verhaftet.

Wien. Die Handelsvertragskonferenz stellte endgiltig die wesentlichen Punkte des Vertrags fest. Die folgenden Sitzungen sind nur zur Redaktion bestimmt.

Wien. Einer Pester Meldung der „Polit. Corresp.“ zufolge sind in den österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen außer den Formalien noch einige meritorische Differenzen zu erledigen. Obgleich eine Einigung bezüglich letzterer höchstwahrscheinlich ist, dürften doch die Verhandlungen kaum vor dem 20. April beendet werden.

Paris. Der Bergarbeiterkongreß beschloß, die Meinung auszusprechen, daß zur Erreichung des Achtstundentages ein allgemeiner Ausstand in Deutschland, Belgien, Frankreich, England und Oesterreich-Ungarn nöthig werden könnte (gegen 5 englische Delegirte), die belgischen Bergarbeiter bei dem zu erwartenden allgemeinen belgischen Ausstand zu unterstützen (einstimmig) und die Aufstellung eines Entwurfs für die Satzungen der internationalen Bergarbeiter-Vereinigung einem Komitee zu übertragen. Dann wurde der Kongreß geschlossen.

Rimini. Um 12¾ Uhr Mittags wurde hier ein starker Erdstoß wahrgenommen, welcher sich bald darauf, jedoch schwächer, wiederholte.

Barcelona. Zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen von Anarchisten wegen heimlicher Anfertigung von Dynamitbomben fanden hier statt. Die Polizei wurde verstärkt. Die öffentlichen Gebäude werden überwacht.

Bern. Die Verhandlungen mit dem Direktorium der Schweizerischen Centralbahn über den Erwerb dieser Bahn durch den Bund haben zu vollständiger Einigung geführt. Der Bundesrath hat heute den abgeschlossenen Vertrag genehmigt.

London. Die Hüttenbesitzer in England kündigten den Eisenarbeitern ein Lohnherabsetzung an, weil die Preise hinter den Produktionskosten zurückbleiben.

Kopenhagen. In der Zuckerfabrik von Nykjoebing auf der Insel Falster ist eine dem Lübecker Brieftaubenverein gehörige Taube mit einer kaiserlichen Depesche an die Königin von Sachsen gefangen worden, welche Grüße und die Mittheilung, daß der Kaiser bei Langeland die heimkehrende „Carola“ inspizire, enthielt.

Die Berliner Börse eröffnete schwach auf die angebliche Note Rußlands an Bulgarien. Das Geschäft war still, auch im späteren Verlaufe blieb die Grundtendenz schwach, nur Schweizer Bahnen steigend und belebt. Bergwerke vorwiegend angeboten. Im Cassaverkehr Banken abgeschwächt. Dresdner 1¼ Proz. niedriger, Eisenbahnen behauptet, Bergwerke zu niedrigeren Kursen angeboten. Industriepapiere still, österreichische Prioritäten wenig verändert. Privatdiskont 2¼ Proz. Nachbörse schwach. — Wetter: vorwiegend schön, Ostwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Kredit [illegible]. Staatsb. [illegible]. Lombb. [illegible]. Galizier —,—. Egypter 98,10. Ital. Rente [illegible]. Gotthardbahn [illegible]. Discontoc. 208,10. Dresdn. Bk. 156,70. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Fest.

Wien. (Abendbl.) Kredit [illegible]. Staatsbahn 218,50. Lombarden 118,50. Marknoten 58,75. Ung. Kredit 339,50. Schwach.

Paris. (Schluß.) Rente 104,97. Italiener 95,90. Staatsbahn 540,75. Lombarden [illegible]. do. Prioritäten —. Suezkanal 77[illegible]. Egypter 496,25. Ottomanen 631,25. Rio Tinto 632,50. Unentschieden.

Paris. Rohzucker (Schluß.) Weizen per März 27,60, per Sept.-Dec. 28,40, fest. Spiritus per März 42,50 per September-Dezbr. 42,00, steigend. Rüböl per März 75,75, per September-December 77,25, behauptet.

Amsterdam. Rohzucker (Schluß). Weizen per November 210. Roggen per Mai 171, per October 157.

Dux. Die Generalversammlung des Duxer Kohlenvereins nahm alle derselben gemachten Vorschläge an.

Oertliches und Sächsisches.

— Bei Ihren Königl. Majestäten fand vorgestern Hoftafel statt, zu welcher der kgl. schwedische Kammerherr von Lagerberg und Oberstleutnant von Raven, Kommandant des ostpreuß. 10. Dragonerregiments, dessen Chef Se. Majestät ist, geladen waren.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinzen Georg, Johann Georg, Max, Albert und Prinzeß Mathilde haben gestern Vormittag mit Gefolge vom Leipziger Bahnhofe aus eine auf mehrere Tage berechnete Reise nach Norddeutschland angetreten.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August begab sich gestern Vormittag vom schlesischen Bahnhofe aus mit dem Adjutanten Herrn Major Freiherrn von Wagner nach Bautzen, um von dort nach Wnschwitz zur Besichtigung der Pulverfabriken zu fahren. Die Rückkehr nach Dresden erfolgte Nachmittags. Kurz nachher leistete Se. Kgl. Hoheit der Einladung zu einem Diner bei Sr. Exz. Generalleutnant von Reyher Folge.

— Zur Synode III. Wenn in den leitenden Kreisen unseres deutschen Vaterlandes die Wichtigkeit der kirchlichen Thätigkeit für eine befriedigende Lösung der sozialen Fragen immer deutlicher erkannt wird, so hat dies mehrfach auch zur Folge gehabt, daß man der kirchlichen Wirksamkeit der evangelischen Kirche weniger Vertrauen beweist, als der der katholischen. Denn letztere weiß durch äußere Machtentfaltung und durch bestimmenden Einfluß auf die Volksmassen viel mehr Eindruck zu machen, als die evangelische Kirche. Ja, man hat geringschätzig gefragt: Wo bleibt denn die evangelische Kirche mit ihrer sozialen Thätigkeit? Nun, daß sie nicht wegbleibt, daß auch von ihr Vieles in dieser Beziehung geschieht, ist ja Denen nicht unbekannt, die sich überhaupt um Kirchliches bekümmern; wenn sie aber nicht so viel leistet, als sie sollte, so tragen verschiedene Verhältnisse davon die Schuld, ganz besonders aber die unzureichende Zahl der geistlichen Kräfte gerade in den Gegenden, die ihrer Fürsorge am meisten bedürfen, nämlich in den in Folge der industriellen Fortschritte übervölkerten Arbeiterdistrikten. Es ist und bleibt daher eine Hauptaufgabe kirchengesetzlicher Thätigkeit, für die genügende Zahl der geistlichen Kräfte für unser evangelisches Volk zu sorgen. Und das gilt in ganz besonderem Maße von unserer sächsischen Landeskirche. Darum wird auch die bevorstehende Synode ihr Augenmerk zu richten haben, denn ohne jene Fürsorge schweben alle kirchlichen Maßregeln, so richtig und wohlgemeint sie sind, einfach in der Luft. Es fehlen ihnen die ausführenden Kräfte. Zwar sind in den 4 Jahren 1886 bis 1889 nicht weniger als 56 neue geistliche Stellen begründet worden, wozu man für das Jahr 1890 vielleicht noch ziemlich 20 hinzurechnen kann. Vergleicht man dies mit dem 5jährigen Zeitraum von 1881 bis 1885, in welchem etwa 24 neue geistliche Stellen begründet worden sind, so ist als dankenswerthe Folge der Berathungen und Beschlüsse der vorigen Synode eine gesteigerte Vermehrung der geistlichen Stellen und der dadurch herbeigeführten Verminderung des kirchlichen Nothstandes mit Freuden anzuerkennen. Allein wenn man glauben wollte, daß damit genug geschehen sei, so würde man doch sehr irren. Das Königreich Sachsen ist von 1,565,170 lutherischen Einwohnern im Jahre 1871 auf 3,064,564 im Jahre 1885 gestiegen, und nach den vorläufigen Ergebnissen der letzten Volkszählung dürften hierzu noch 300,000 hinzuzurechnen sein. Rechnen wir nun auf einen Geistlichen durchschnittlich 4000 Seelen, so hätten in dem Zeitraum von 1871 bis 1885 nicht weniger als 375 neue geistliche Stellen begründet werden müssen. Es sind aber in dieser Zeit muthmaßlich nur 75 neue Stellen begründet worden. Es hätten demnach im Jahre 1885 nicht weniger als 300 geistliche Stellen gefehlt. Sind nun von 1885 bis 1890 etwa 75 neue Stellen gegründet, so wäre damit nur das Bedürfniß für die in diesem Zeitraum selbst erfolgte Bevölkerungszunahme von 300,000 lutherischen Einwohnern gedeckt, der aus früheren Jahren stammende Fehlbedarf an 300 Stellen aber noch nicht vermindert. Man sieht hieraus, wieviel noch zu thun übrig bleibt. Die zu erwartende Zunahme unserer Bevölkerung erfordert eine regelmäßige Vermehrung der geistlichen Stellen um etwa 15 jährlich. Aber es kommt hierbei nicht blos die Begründung neuer geistlicher Stellen in Frage, sondern auch die Ausparrung von Gemeinden, Theilung von Parochien und Erbauung neuer Kirchen. Man kann aber mit dem Allen auch nicht mehr lange zögern, da der kirchliche Einfluß Jahre braucht, ehe er in kirchlich entwöhnten Gegenden nur einigermaßen Fuß faßt und da das Anschwellen der kirchenfeindlichen und religionslosen Strömungen in unserem Volke reißend schnell vor sich geht und nicht Jahrzehnte abzuwarten gewillt scheint. — Freilich kann das Landeskonsistorium nicht Alles allein thun, es bedarf hierzu des thatkräftigen und opferwilligen Mitwirkens kirchlich gesinnter Kreise und vor Allem der Kirchengemeinden selbst. Und daß dieses noch sehr häufig fehlt, hat das Landeskonsistorium selbst öffentlich beklagt. Darum wäre es gut, wenn dasselbe eine Handhabe hätte, dieses Mitwirken zu fordern, wo es nicht freiwillig entgegengebracht würde. Wie würde es in manchen Schulgemeinden mit der Erbauung neuer Schulhäuser und mit der Errichtung neuer Lehrerstellen stehen, wenn nicht die Schulbehörde auf Grund des Schulgesetzes fordernd auftreten könnte! Sollte nun etwas Aehnliches für die Kirchengemeinden durchaus nicht angängig sein? Man hat schon mehrfach zu diesem Behufe den Vorschlag einer Seelenmaximalzahl gemacht, nämlich, daß eine Seelenzahl bestimmt wird, über die hinaus einem Geistlichen die kirchliche Versorgung nicht zugemuthet werden kann. Würde dann diese Zahl in einer Gemeinde überschritten, so müßte eine entsprechende Vermehrung der geistlichen Stellen stattfinden. An ähnlichen Bestimmungen fehlt es ja sonst nicht, z. B. im Volksschulgesetze, wo für einen Lehrer die Zahl der Schüler vorgeschrieben ist. Ebenso ist dies im Heere der Fall mit dem Verhältniß der Offiziere zu den Soldaten. Was würde man dazu sagen, wenn man bei einer Heereszvermehrung die Zahl der Offiziersstellen nicht vermehren, sondern jedem Offizier die doppelte Anzahl Sol-

„Hotel Fürst Bismarck“,
An der Frauenkirche 22 und Neumarkt 5.